

APRÈS PARIS: CO₂-NEUTRALITÄT BIS 2050

10. TEIL DER SERIE: DIE KONSEQUENZEN DER KLIMAKONFERENZ VON PARIS



Bildquelle: BMUB/Sascha Hilgers

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und hochrangige Mitglieder der deutschen Delegation reisten mit einem Sonderzug der Deutschen Bahn nach Paris. V. l. n. r.: Rita Schwarzelühr-Sutter (Parlamentarische Staatssekretärin beim BMUB), Dr. Karsten Sach (Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation), Dr. Barbara Hendricks (Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Jochen Flasbarth (Staatssekretär im BMUB)

Am 12. Dezember 2015 ging die weltweit viel beachtete 21. UN-Klimakonferenz von Paris mit dem Abschluss eines lange erwarteten Abkommens zu Ende. In einer 10-teiligen Serie stellen wir in der SONNENENERGIE die wissenschaftliche und politische Ausgangslage dieser Konferenz, die Kernaussagen des Klimavertrags von Paris sowie die Auswirkungen des geschlossenen Abkommens vor. Die Serie schließt mit einem Gastbeitrag von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks.

Eines der Ziele des Pariser Übereinkommens lautet: „Treibhausgasneutralität in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts“. Mit dem Klimaschutzplan 2050 bekennt sich die Bundesregierung zum Ziel einer weitgehenden Treibhausgasneutralität bereits bis zur Mitte des Jahrhunderts. Wir sind der Überzeugung, dass wirtschaftsstarke Industrienationen beim Klimaschutz vorangehen müssen. Nicht nur, um Vorbild zu sein, sondern vor allem, um unseren Gesellschaften und unserer Wirtschaft Optionen zu eröffnen, wie sie in Zukunft weiter erfolgreich wirtschaften können.

Welche Konsequenzen hat die Klimakonferenz von Paris?

Ich möchte diese Frage auf drei Ebenen beantworten: politisch, wirtschaftlich und zivilgesellschaftlich. Und auch wenn ich mich in diesem Artikel auf den nationalen Klimaschutz konzentriere, liegen uns die Anpassung an den Klimawandel, die internationale Finanzierung von Klimaschutz und –anpassung und die Umsetzung des Pariser Übereinkommens selbstverständlich ebenso am Herzen. Allein 2015/16 haben wir im Bundesumweltministerium den internationalen Klimaschutz mit 870 Mio. € unterstützt. Und auch bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist die Bundesregierung sehr aktiv: Mit der Deutschen Anpassungsstrategie von 2008 und dem folgenden Aktionsplan Anpassung wurden die Grundlagen dafür gelegt, Themen wie die Hochwasservorsorge oder Hitzeaktionspläne auch aus der Perspektive potenzieller Folgen des Klimawandels anzugehen.

Politische Konsequenzen hat das Pariser Übereinkommen auf allen Ebenen. Ich habe den Eindruck, dass sich seit Ende 2015 die Perspektive auf das Thema bei

vielen massiv geändert hat. International erleben wir zurzeit angesichts der Politik der US-Bundesregierung einen engen Schulterschluss. In der EU sind wir uns bei allen Detaildiskussionen grundsätzlich über die Richtung einig. Und auf nationaler Ebene haben wir mit dem Klimaschutzplan 2050 einen Weg gewiesen, wie wir unser Ziel 2050 erreichen können. Die vereinbarten Sektorziele – Emissionskorridore für 2030 für die Energiewirtschaft, den Gebäudebereich, den Verkehr, die Industrie und die Landwirtschaft – geben dabei eine Orientierung, was die Handelnden in jedem Sektor leisten müssen. Der Plan ist dabei kein abgeschlossenes Dokument, sondern begründet einen lernenden Prozess. Wir werden regelmäßig prüfen, ob wir noch auf dem richtigen Weg sind. Bund und Länder haben einen engen Austausch begonnen, um gemeinsam voranzukommen. Die Kommunen schließlich zeigen uns mit zahlreichen Modellprojekten und –initiativen ganz konkret, wie wir unsere Klimaschutzziele erreichen können.

Verkehr und Landwirtschaft

Dennoch haben wir immer noch genügend Herausforderungen vor uns, wie ich an zwei Beispielen erläutern möchte.

In Teil 9 dieser Serie schreibt Prof. Dr. Robert Sausen von den besonderen Herausforderungen, die der Verkehrssektor für den Klimaschutz bereithält. Das können wir anhand der Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz von 2014 eindrucksvoll bestätigen: Der Sektor ist gegenwärtig noch weit entfernt davon, den seinerzeit vorgesehenen zusätzlichen Minderungsbeitrag zu erreichen. Mit einer Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs allein – selbst wenn sie auf Basis Erneuerbarer Energien erfolgt – wird dieses Problem nicht zu lösen sein. Vielmehr benötigen wir neben der Einsicht der handelnden Akteure, abgestimmte Konzepte für eine zukunftsfähige Mobilität – die über den Sektor Verkehr hinausdenkt und auch Stadtentwicklung und Stadtumbau sowie die Chancen der Digitalisierung mit einbezieht.

Eine weitere große Herausforderung ist die Senkung der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft. Auch hier ist die Einsicht in die Größe des Problems nicht bei allen Handelnden gleich groß. Hier haben wir im Klimaschutzplan festgelegt, dass die Landwirtschaft ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um rund 30% reduzieren soll. Ich sehe nicht, wie das mit einer Beibehaltung der bisherigen EU-Förderpolitik gelingen soll. Das Gute ist, dass die nächste Bundesregierung alle Chancen hat, die Förderpolitik zu ändern, da wir in der nächsten Legislaturperiode über den EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 mitentscheiden werden.

Auch wirtschaftliche Konsequenzen hat das Pariser Übereinkommen zugehäuft. Protektionismus à la US-Regierung scheint mir hierfür nicht die richtige Antwort sein. Diese Ansicht teilen auch zahlreiche US-Bundesstaaten, mit denen wir in regem Austausch stehen. Vielmehr geht es darum, den ohnehin auftretenden Strukturwandel möglichst gut zu flankieren und die betroffenen Branchen, ihre Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die kommenden Veränderungen vorzubereiten. Im Bereich der Kohlenutzung plant die

Bundesregierung dafür die Einsetzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“ im Jahre 2018. Mir erscheint wichtig, dass der Bund den jeweiligen Regionen und Handelnden nicht die Verantwortung für die weitere Entwicklung abnimmt, sondern deren Aktivitäten konstruktiv kritisch begleitet und flankiert – so wie es bei jeglichem Strukturwandel der Fall sein sollte.

Ich habe im Übrigen den Eindruck, dass Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichsten Wirtschaftsbranchen spätestens den Klimaschutzplan 2050 zum Anlass genommen haben, die eigenen mittel- und langfristigen Strategien noch einmal unter die Lupe zu nehmen. Das ist erfreulich, denn ohne eine intensive Mitwirkung der Akteure und Akteurinnen in der Wirtschaft werden wir unsere Klimaschutzziele nicht erreichen.

Auch in der Finanzwirtschaft sind erste Veränderungen zu bemerken. Es gilt, eine Kohlenstoffblase, eine „Carbon Bubble“ zu verhindern, also das Investitionsrisiko in fossile Energien zu thematisieren und möglichst zu minimieren. Mit jeder Investition oder Sparanlage legen wir fest, ob klimafreundliche Technologien gefördert werden oder eben nicht. Vermutlich ist

dies neben den Konsumententscheidungen der wirkungsvollste Hebel in den Händen der Bürgerinnen und Bürger.

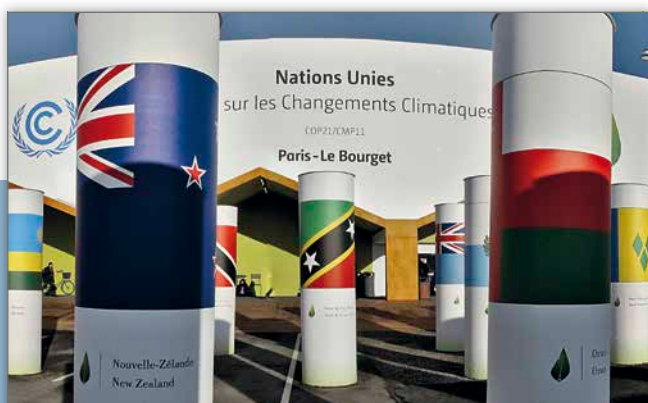
Breiter Dialog notwendig

Doch auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an strategischen politischen Entscheidungen ist essentiell. Beim Dialog zum Klimaschutzplan 2050 haben wir gesehen, wie groß das Interesse auch an der Erstellung von Langfriststrategien mit relativ großer Flughöhe ist. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren positiv überrascht, wie hochwertig die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung am Ende waren.

Klar ist: Die in Paris vereinbarten Ziele werden wir nur erreichen, wenn möglichst viele mitmachen und sich mit uns auf den Weg begeben. Daran arbeiten wir – gemeinsam mit möglichst vielen Menschen, die ihre Kreativität und Energie einbringen.

ZUR AUTORIN:

► *Dr. Barbara Hendricks*
Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
barbara.hendricks@bundestag.de



Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS)

APRÈS PARIS

DIE KONSEQUENZEN

DER KLIMAKONFERENZ VON PARIS

SONNENENERGIE EBOOKS

TELEPOLIS

Das eBook zur Artikelserie

Après Paris: Die Konsequenzen der Klimakonferenz von Paris

Heise Medien
ISBN (epub) 978-3-95788-083-3
Dezember 2016
Reihe SONNENENERGIE eBooks
ca. 120 Seiten, 5,99 €